

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/191

4. Oktober 1972

"Inflationsbedingte" Steuermehreinnahmen?

Fakten und Zahlen gegen Oppositions-Agitation

Von Dr. Dr. Alex Möller
Bundesfinanzminister a.D. und Mitglied des
SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 74 Zeilen

Bürger werben für Willy Brandt

Seite 3 / 24 Zeilen

Gerhard Schröder schreibt sich selbst ab

Seite 3 / 26 Zeilen

Mehr Information über Entspannung

Neue Aufgaben des Kuratoriums "Unteilbares
Deutschland"

Seite 4 / 42 Zeilen

Beifall aus der falschen Ecke

Ost-Jubel über Norwegens Anti-EKG-Referendum

Seite 5 und 6 / 52 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 546 / 886 547 /
886 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

"Inflationsbedingte" Steuermehreinnahmen?

Fakten und Zahlen gegen Oppositions-Agitation

Von Dr. Dr. Alex Möller

Bundesfinanzminister a.D. und Mitglied des SPD-Präsidiums

In den Augen der CDU/CSU ist die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung bekanntlich ein Scherbenhaufen. An diesem oppositionsgebundenen Standpunkt können auch Tatsachen nichts ändern.

Die Finanzwirtschaft soll unsolid sein, weil die Verschuldung als zu hoch angesehen wird. Franz Josef Strauß plante in seiner letzten Finanzplanung 1968 bis 1972 insgesamt eine Neuverschuldung von 22 Milliarden DM ein. Dies war damals "vertretbar" und "keinesfalls überhöht" (Strauß). Tatsächlich wird bis Ende 1972 nur die Hälfte dieses Betrages an Krediten benötigt werden. Das soll nun "unsolid" sein. Unsolid deshalb, weil zur Finanzierung mehr Steuern zur Verfügung stehen und stehen. Die Finanzierung durch Steuern gilt aber in Perioden der Vollbeschäftigung als die solideste und angemessene Finanzierungsart. Darüber gibt es keine Diskussion. Also müssen es "inflationsbedingte" Steuermehreinnahmen sein; das gibt zumindest die Gelegenheit, mit dem Wort Inflation zu jonglieren, fatale Erinnerungen zu wecken an die Goldentwertungen von 1923 und 1948 sowie mit Panikmache zu verunsichern.

Was ist nun der Sachverhalt, der den Polemiken der Fachschaft Strauß zugrundeliegt? Tatsache ist, daß auch in diesem Jahr wiederum mehr Steuern aufkommen werden, als zunächst vorsichtig geschätzt worden war. Das Mehr ist eine Folge der Einkommensentwicklung - die günstiger verlief, als erwartet -, der höheren Produktion und der höheren Umsätze, aber auch, das muß zugegeben werden, der gestiegenen Preise.

Übrigens sind auch die Preise, die der Staat zahlen muß, gestiegen. Die Löhne und Gehälter, die der Staat zahlt, steigen - wie die Durchschnittseinkommen in der gesamten Volkswirtschaft - stärker als die Preise, ebenso die Sozialleistungen. Desgleichen haben sich die Kosten der Investitionen, die der Staat durchführt, erhöht. Auf seiner Ausgabenseite wird der Staatshaushalt überproportional (Strauß - wie immer - den Mund zu voll nehmend: "doppelt so hoch") von der Einkommens- und Kostenentwicklung betroffen.

Ein Maß für die Steuerbelastung der Volkswirtschaft ist die volkswirtschaftliche Steuerquote. Sie ergibt sich, wenn man die gesamten Steuereinnahmen ins Verhältnis zum Brutto-

sozialprodukt setzt. Diese volkswirtschaftliche Steuerquote hat sich in den letzten Jahren wie folgt - in vH. - entwickelt

1961	23,61	1967	23,13
1962	23,99	1968	22,56
1963	23,71	1969	24,01
1964	23,61	1970	22,48
1965	22,91	1971	22,72
1966	22,92	1972	23,14

Die Steuerquote bleibt also annähernd konstant; sie hat gegenüber dem Jahr 1969 eine leicht sinkende Tendenz. Insgesamt vermochte die öffentliche Hand, von den Steuereinnahmen her gesehen, in diesem Vergleich ihren Anteil am Sozialprodukt nicht zu erhalten. Im Vergleich der Jahre 1969 zu 1970 bedeutet diese Tatsache eine Steuermindereinnahme von bald zehn Milliarden B.

Wenn nun zum Beispiel die Ausgaben des Bundeshaushaltes, ebenfalls gemessen als Anteil am Bruttosozialprodukt, seit 1969 niedriger liegen als in jedem anderen Jahr des gleichen Zeitraumes, dann ist das doch wohl eher ein Indiz für eine über Jahre hinweg konsequent durchgeführte restriktive Haushaltspolitik, die man nun wirklich nicht als einen "Inflationserd erster Ordnung" (Strauß) bezeichnen kann.

Betrachtet man objektiv das Zahlenbild der Haushalts- und Finanzpolitik dieser Bundesregierung vor dem Hintergrund der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung, so muß man zu dem Schluß kommen, daß sie, aufs Ganze gesehen, restriktiv gewirkt und die günstige Einkommensentwicklung nicht zu einer erhöhten volkswirtschaftlichen Steuerquote geführt hat.

Man kann nur bedauern, daß die Auseinandersetzung um Einzelmaßnahmen und Alternativen der Stabilitätspolitik das Bild einer im Rahmen unserer Möglichkeiten erfolgreichen Politik verdunkelte, und daß gleichzeitig die naturgemäß harte Diskussion um den Bundeshaushalt dazu führte, daß manchenorts der Eindruck entstand, als könnten mit den Staatsfinanzen allein sämtliche Fehlentwicklungen des nationalen und internationalen Wirtschaftsgeschehens in vollem Umfang ausgeglichen werden. Wer so denkt, ist ein armer Tor. (-/ex/4.10.1972/bgy)

+ + +

Bürger werben für Willy Brandt

Ein gutes Beispiel, das der Schriftsteller Günter Grass vor den Bundestagswahlen 1969 setzte, macht heute Schule. Damals wirkten an der Entscheidung der Wähler rund 90 von Grass ins Leben gerufene SPD-Wählerinitiativen mit. Männer des öffentlichen Lebens, Dichter, Schriftsteller, Wissenschaftler, Schauspieler und Künstler betraten die politische Arena und warben für eine Partei, der sie zwar nicht angehörten, deren Stärkung sie aber als unerlässlich betrachteten, um Volk und Staat auf dem Wege des Fortschritts und der gesellschafts-politischen Reformen voranzubringen. Ihr Auftreten und ihr Bekenntn gaben dem Wahlkampf von 1969 belebende Züge. Auch für die Wahlen zum VII. Deutschen Bundestag sind wiederum SPD-Wählerinitiativen am Werke. Ihre Zahl beträgt bisher 220 und sie umfassen wiederum glänzende Namen von hohem Rang. Ihr Einsatz erfolgt in Gebieten, die noch zu bestellendes Ackerland für Willy Brandt sind. Sie dürften gewiß noch mehr Resonanz in der Bevölkerung finden als 1969, sind sich doch viele der geschichtlichen Bedeutung dieser Wahl bewußt. Diese politisch so engagierten SPD-Wählerinitiatoren wissen, daß die Zeiten vorbei sind, in der sich die Intellektuellen in einem Elfenbeinturm verbergen und von oben herab im politischen Getriebe etwas Abschätziges, wenn nicht gar Verwerfliches erblickten. Sie fühlen sich aufgerufen zur geschichtlichen Verantwortung, ihre mahnende und kritische Stimme zu erheben. Sie werben für Willy Brandt. (ae/ex/4.10.1972/ks)

+ + +
Gerhard Schröder schreibt sich selbst ab

Der 62jährige Dr. Gerhard Schröder, den man bisher in der Relation zu anderen "Unions"-Spitzenpolitikern als einen Mann überlegten Urteils einordnen konnte, verliert sein Augenmaß. In seinem Bemühen, für die von Dr. Rainer Barzel aufgegebenen außenpolitischen Positionen zu retten, was für die CDU noch gerettet werden kann, wickelt er in Wahlkampfreden der sozialliberalen Bundesregierung vor, sie habe für die Bundesrepublik durch die Osseverträge eine Verengung des weltpolitischen Blickfeldes verbunden mit Verlust an Glaubwürdigkeit in Kauf genommen: Wer auf einen Großteil des eigenen Vaterlandes verzichte, verliere in der Welt an dieser Glaubwürdigkeit. Man muß diese Sätze sorgfältig und genau lesen, und man kann, gehört man nicht zum rechtskonservativ verstockten Flügel der CDU, sicher aber der CSU, kein anderes Fazit finden, als das kopfschüttelnde Abschreiben der Aussage und des Aussagers zu den Akten und zum Altenklub sich überlebt habender Politiker. Die Vorstellung, daß ein Mann mit solchen irrationalen Ansichten etwa noch einmal Chef des Bundesaußenministeriums werden könnte, ist allein schon Grund genug, dem Bundestagswähler dringend zu empfehlen, die Realisierung eines solchen Alptrahms zu verhindern. Das Untertauchen Dr. Schröders in das durch Leute wie etwa Dr. Narjes ausreichend gekennzeichnete Personalniveau des Strauß-Barzel-"Schattenkabinetts" läßt zwingend die Frage stellen, was ihn, Schröder, verhindert haben mag, von den Wohlthaten der flexiblen Altersgrenze Gebrauch zu machen. (ee/ex/4.10.1972/ks)

Mehr Information über Entspannung

Neue Aufgaben des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland"

Das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" hat in diesen Tagen beschlossen, seine Informations- und Aufklärungsarbeit verstärkt fortzusetzen. Ziel dieser Anstrengungen ist es, in der Bundesrepublik mehr und besseres konkretes Wissen über Grundlagen und Tendenzen in beiden deutschen Staaten zu vermitteln. Auf dieser Grundlage hofft man alle Möglichkeiten zu Begegnungen, zur Zusammenarbeit und zur Humanisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR auszuschöpfen. Das Kuratorium rückt damit seine Arbeit zielbewußt in den weltweiten west-östlichen Entspannungsprozeß ein. Dieses Vorhaben ist begrüßenswert.

Die in ein "Aktionsprogramm" gekleidete Initiative des Kuratoriums ist auch ein Beleg dafür, daß ein intensiver Diskussionsprozeß um die Fortschritte in der Deutschland- und Ostpolitik stattgefunden hat. Wer also das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" abgeschrieben hatte, der sieht sich positiv enttäuscht. Die Verantwortlichen des Kuratoriums haben erkannt, daß eine fundierte Verbesserung der Beziehungen beider deutscher Staaten nur möglich ist, wenn die mühsam geschaffenen Öffnungen auch wahrgenommen und von noch mehr Bürgern als bisher zur eigenen Sache gemacht werden. Die verantwortlichen Leiter und Geschäftsführer des Kuratoriums wissen am besten, daß ein derartiger Vorgang nicht ohne Kämpfe und Rückschläge vor sich gehen wird. 900 Orts- und Kreis-Kuratorien bieten aber gute Möglichkeiten, um das spontane Engagement vieler Bundesbürger für die Friedenspolitik der sozialliberalen Bundesregierung aufzugreifen.

Eine entscheidende Rolle bei der zukünftigen Arbeit des Kuratoriums wird die DDR selber spielen. Auch von dieser Seite her gesehen sind Rückschläge und Enttäugungen zu erwarten. Auch hier gilt das Wort, daß Verhärtungen nicht von heute auf morgen überwunden werden. Zu lange hat die DDR in der Isolation gestanden und selbst die Verbesserung menschlicher Beziehungen vorrangig durch die ideologische Brille gesehen.

Dieser Faktor DDR verdeutlicht die Komplexität des Vorganges. Eine dynamische, sich weiterentwickelnde Friedenspolitik ist nicht möglich ohne das nüchterne Engagement der Bevölkerung. Sie garantiert, daß diese Politik nicht umgebogen oder gar zu einem "revanchistischen Schreckgespenst" mißdeutet wird. Diesem Beweis der Friedensbereitschaft wird sich die DDR nicht entziehen können und längerfristig auch nicht verschließen wollen. Je stabiler dieser Zustand wird, desto weniger Rückschläge werden das Kuratorium oder auch andere Organisationen einzustecken haben, die den Rahmen der Friedens- und Ostpolitik mit konkreten Schritten füllen wollen.

Klaus Vater
(~/ex/4.10.1972/ks)

+ + +

Beifall aus der falschen Ecke

Ost-Jubel über Norwegens Anti-EWG-Referendum

Sie haben es leicht, die EWG-Segner rings um den Globus - Das Negativergebnis des EWG-Referendums in Norwegen fand - zu wundern das - im Comecon-Bereich besondere Resonanz.

Bei der Mehrheit der Norweger war bisher der Eindruck der ohne Zweifel vorhandenen Unzulänglichkeiten in der praktisch-technischen Konstruktion des Gemeinsamen Marktes nachhaltiger gewesen als die ebenso unbestrittenen Vorteile. Nicht nur in Norwegen, auch in den EWG-Staaten der ersten Stunde, gibt es ernstzunehmende Persönlichkeiten, die die derzeitige Konstruktion des Gemeinsamen Marktes - wie sie sich etwa im Agrarbereich darstellt - keineswegs für den letzten Schluß der Weisheit halten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß Prinzip und Ziel der Römischen Verträge ernsthaft nicht bestritten werden können.

So drängt sich der Verdacht auf, daß viele, wenn nicht sogar alle negativen Jubel-Kommentare im Reich ihre Ursache haben. Dabei ist nicht ohne politische Pikanterie, daß sich die konservativen EWG-Gegner in Norwegen ausgerechnet von ihren politischen Grundsatz-Gegnern Lob gefallen lassen müssen. Wenn aber in diesem Zusammenhang gar genüßlich festgestellt wird, Norwegen wolle sich als kleiner Staat "nicht auf den EWG-Supermarkt werfen und dort ausplündern lassen" ("Berliner Zeitung"/Ostberlin), so wird dabei schlicht und ergreifend übersehen, daß es bislang gerade kleine Staaten oder solche mit einem Übergewicht ökonomischer Mono-Strukturen waren, die mindestens ebenso von der Gemeinschaft profitiert haben wie die sogenannten "Großen" des Gemeinsamen Marktes. Wer dies leugnet, müßte beispielsweise der

Republik Irland im gleichen Atemzug Ignoranz vorwerfen.

Ohne Zweifel ist das norwegische Referendum mit seinem Ausgang eine Enttäuschung. Doch ist vor der Hoffnung zu warnen, daß damit die politische oder gar die ökonomische Potenz der EWG zur Ader gelassen werden könnte. Es mag den norwegischen EWG-Gegnern den Jubel etwas vergällen, doch sollten sie sich darauf einrichten, daß die nun einsetzende wirtschaftliche Entwicklung um sie herum und bei den Haupthandelspartnern Norwegens einen solchen Verlauf nimmt, daß eine Regierung in Oslo bald gezwungen sein kann, um eine Assoziation bei der Gemeinschaft nachzusuchen. Nur: Wenn man dann etwas will, kann man keine oder zumindest nicht jene Bedingungen stellen, die man stellen kann, wenn man selbst umworben wird.

Es kann dahin kommen, daß sich der Triumph der EWG-Gegner dann als Pyrrhus-Sieg erweist. In Dänemark, wo man mit Sicherheit auch um die Anpassungsschwierigkeiten an und in den europäischen Markt weiß, warnt die konservative Zeitung "Berlingske Tidende" ihre Leser nicht umsonst davor, das Beispiel der konservativen Mehrheit des nördlichen Nachbarstaates nachzuahmen.

Auch dort, woher die norwegischen EWG-Gegner nun massiven Flankenschutz bekommen, hat man sich zwar lange gesträubt, schließlich aber doch die EWG als Tatsache akzeptieren müssen. Die EWG ist eine Realität, mit der man sich zu arrangieren hat, auch wenn das Überheblich scheinen mag. So oder so. Trotz der innergemeinschaftlichen Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten auf dem Weg in die Zukunft.

Theodor Tremmes

(-/ex/4.10.1972/ks)

+ + +